

Landesverband NRW

An die

Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW

Mona Neubaur

Sven Lehmann

Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle

Oststraße 41-43

40211 Düsseldorf

Tel: +49 (211) 38666-34

Fax: +49 (211) 38666-99

info@gruene-nrw.de

Düsseldorf, 06.02.2015

Unser Ziel bleibt: Atomtransporte aus Jülich vermeiden!

Liebe Freundinnen und Freunde,

viele von euch werden in den vergangenen Tagen Post erhalten haben, in der gegen mögliche Atommüll-Transporte in die USA protestiert wird. Konkret geht es dabei um Brennelemente aus dem Kugelhaufenreaktor AVR in Jülich.

Für uns ist klar: Ein Versuchs-Atomkraftwerk, das über 25 Jahre nach seiner Stilllegung noch lange nicht zurückgebaut ist, dessen strahlender Müll die Gesellschaft und die Politik vor kaum lösbare Herausforderungen und Konflikte stellt und dessen Rückbau- und Entsorgungskosten am Ende weit mehr als eine Milliarde Euro kosten werden, machen den Irrsinn der Atomkraft auf eine ganz besondere Weise deutlich. Die schwierigen Fragen des Rückbaus des AVR und der Zwischen- und Endlagerung seines Atommülls belegen dies. Das haben wir immer wieder bekräftigt und in Parteitagsbeschlüssen und Koalitionsvertrag festgehalten. Daher möchten wir euch mit diesem Schreiben die aktuelle Problemlage erläutern:

Bisher ist es uns GRÜNEN gelungen, dass der radioaktive Müll nicht aus Jülich wegtransportiert wurde. Genau das aber wollten und wollen Bundesregierung und Forschungszentrum Jülich schon seit Jahren mit allen Mitteln. Ein Verbleib des Mülls in Jülich in einem sicheren Zwischenlager bleibt unser Ziel. Konkret stehen wir im Moment jedoch vor der schwierigen Situation, dass die Genehmigung für eine Lagerung der Brennelementekugeln in Jülich ausgelaufen ist und auch nicht ohne weiteres verlängert werden kann, weil Bundesregierung und Forschungszentrum Jülich jahrelang nicht bereit waren, den Neubau oder die Ertüchtigung des Zwischenlagers in Jülich ernsthaft anzugehen. Für uns hat die sichere Lagerung des Atommülls in Jülich oberste Priorität. Angesichts dieser prekären Situation, ist es uns gegen den expliziten Willen der Bundesregierung und des Forschungszentrum Jülich gelungen, den Neubau oder die Ertüchtigung des Zwischenlagers in Jülich neben den Transportoptionen im Spiel zu halten.

Ein notwendiges Gutachten zur Erdbebensicherheit für die weitere Zwischenlagerung in Jülich liegt zur Zeit noch nicht vor. Dieses Gutachten ist jedoch die Voraussetzung für eine weitere Lagerung am bisherigen Standort. Ein Wegtransport nach Ahaus verschiebt zusätzlich zu den Transportrisiken und -kosten die Probleme nur örtlich und zeitlich. Einen Transport in die USA versucht die Bundesregierung durch die zweifelhafte Umdeklaration des Atommülls zu Forschungsabfall zu legitimieren. Zusätzlich zu den Transportrisiken, den zahlreichen technischen Problemen und den extrem hohen Kosten stützt die Bundesregierung diese Option auf eine äußerst zweifelhafte Rechtsgrundlage.

Unsere Position ist daher klar: Wir halten weiter an dem im Koalitionsvertrag verankerten Ziel fest, Atomtransporte zu vermeiden. Wörtlich heißt es darin: „Zudem lehnen wir sinnlose und gefährliche Atomtransporte quer durch NRW ab. Wir wollen, dass die Castoren, vor allem die in Jülich lagernden, nur noch einmal transportiert werden – nämlich zu einem Endlager, wenn hierfür ein Standort gefunden ist.“

Diese Vereinbarung gilt. Sie entbindet die Landesregierung jedoch nicht von der Pflicht, alle Optionen für einen sicheren Verbleib der Brennelemente aus Jülich zu prüfen. Hinzu kommt, dass das Forschungszentrum in Jülich zu 90 Prozent dem Bund und nur zu 10 Prozent dem Land NRW gehört. Damit liegen viele der zentralen Entscheidungen nicht bei der Landesregierung. Seit Jahren fordern wir Grünen sowohl in der NRW-Landesregierung als auch in der Opposition im Bundestag von der Bundesregierung Klarheit über die Zukunft des Jülicher Atommülls. Doch statt etwa das Zwischenlager in Jülich zu ertüchtigen, entzieht sich die Bundesregierung der Verantwortung. Dennoch nutzen wir alle Möglichkeiten die wir haben, um einen Transport der Kugeln zu verhindern – bisher erfolgreich.

Unser Ziel bleibt der Verbleib der Kugeln in Jülich – und zwar solange, bis ein sicheres Endlager in Deutschland gefunden wurde.

Herzliche Grüße

Mona Neubaur
Landesvorsitzende

Sven Lehmann
Landesvorsitzender

Oliver Krischer MdB

Hans-Christian Markert MdL